

Handbuch des sozialgerichtlichen Verfahrens

Systematische Gesamtdarstellung
mit zahlreichen Beispielen und Mustertexten

von

Prof. Dr. Otto Ernst Krasney
Vizepräsident des Bundessozialgerichts a.D.

und

Prof. Dr. Peter Udsching
Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht

4., neu bearbeitete Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über dnb.ddb.de abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

[esv.info/3 503 08368 5](http://esv.info/3_503_08368_5)

Bearbeiter

Krasney Kapitel I, II und IX bis XIII

Udsching Kapitel III bis VIII

Zitiervorschlag Hdb SGB – (Bearbeiter) I Rn. 24

Paragraphen ohne Angabe des Gesetzes beziehen sich auf das SGG, jedoch ist die Bezeichnung dieses Gesetzes hinzugefügt, wenn sich durch die unmittelbar vorangehende oder folgende Zitierung anderer Gesetze sonst Unklarheiten ergeben könnten.

Innerhalb der einzelnen Kapitel wird auf Randnummern ohne Kapitelhinweis verwiesen. Den Verweisungen auf Randnummern anderer Kapitel ist die Nummer des Kapitels vorangestellt.

1.–2. Auflage erschienen in der Verlagsgruppe Jehle Rehm

3. Auflage 2002

4. Auflage 2005

ISBN 3 503 08368 5

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co., Berlin 2005

www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der 9/11 Punkt Stempel Garamond

Satz: multitext, Berlin

Druck: Hubert & Co., Göttingen

Vorwort zur 4. Auflage

Wiederum haben grundlegende und zahlreiche weitere Änderungen des SGG, insbesondere im Bereich des Rechtsweges, aber auch zahllose Änderungen im materiellen Sozialrecht, dessen Problemschwerpunkte in der forensischen Praxis vor allem in den von der Praxis stets begrüßten Beispielen und Schriftsatzmustern behandelt werden, eine Neuauflage des Handbuchs erforderlich gemacht. Aber auch in der vierten Auflage sind nicht nur die Änderungen eingearbeitet. Alle Kapitel des Buches wurden überarbeitet sowie vor allem in den im Vorwort zur ersten Auflage aufgeführten und weiterhin beibehaltenen Schwerpunkten erweitert. Neue Entscheidungen und Literatur sind wiederum berücksichtigt.

Die Verfasser danken für die Anregungen aus dem Leserkreis und bitten weiterhin auch insoweit um freundliche Begleitung des Buches

Im Dezember 2004

Dr. Otto Ernst Krasney
Dr. Peter Udsching

Vorwort

Das Buch soll eine Hilfe bei der Durchführung eines sozialgerichtlichen Verfahrens in allen drei Instanzen sein. Es will den Beteiligten und ihren Prozessbevollmächtigten in erster Linie rechtliche und auch tatsächliche Besonderheiten dieses Verfahrens näherbringen und die von der Rechtsprechung eingeschlagenen Wege aufzeigen. Verfahrensrechtliche Fragen werden auch anhand von Beispielen aus den einzelnen Gebieten des Sozialrechts Lösungen zugeführt. Eine systematische Darstellung des Sozialgerichtsprozesses wurde dagegen ebensowenig angestrebt wie eine wissenschaftliche Auflistung und Diskussion der Zweifelsfragen.

Die für die praktische Handhabung erforderliche Beschränkung des Umfangs erzwang aber auch – vor allem für die Darstellung des Verfahrens in erster und zweiter Instanz – eine Beschränkung in der Auswahl und Vertiefung der Schwerpunkte. Ebenso mußte allgemein auf umfangreiche Literaturnachweise verzichtet werden, die jedoch in den jeweils zitierten und auch unter diesem Gesichtspunkt ausgewählten Schrifttumsnachweisen zu finden sind. Nur so war es möglich, die zugleich in praxisrelevante Bereiche des materiellen Sozialrechts einführenden Muster und Beispiele einzuschieben.

Auf Anregungen und Kritik sind die Verfasser angewiesen und danken hierfür im voraus.

Im Mai 1991

Dr. Otto Ernst Krasney
Dr. Peter Udsching

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	23
 I. Kapitel	
Gesetzliche Grundlagen, Schrifttum	29
 II. Kapitel	
Gerichtsverfassung	35
 III. Kapitel	
Allgemeine Grundsätze des sozialgerichtlichen Verfahrens	63
 IV. Kapitel	
Das Klagesystem	123
 V. Kapitel	
Der Vorläufige Rechtsschutz	167
 VI. Kapitel	
Die Verfahrensbeteiligten	189
 VII. Kapitel	
Das erstinstanzliche Verfahren	215
 VIII. Kapitel	
Das Berufungsverfahren	275
 IX. Kapitel	
Revision	303
 X. Kapitel	
Beschwerde, Erinnerung	439
 XI. Kapitel	
Wiederaufnahme des Verfahrens	455
 XII. Kapitel	
Kosten	479
 XIII. Kapitel	
Vollstreckung	523
Besonderheiten des sozialgerichtlichen Verfahrens in Schlagworten	531
Text des Sozialgerichtsgesetzes (SGG)	537
Stichwortverzeichnis	591

Verzeichnis der Schriftsatzmuster:

Antrag auf Einholung eines Gutachtens nach § 109 SGG	95
Antrag auf Übernahme der Kosten des Gutachtens nach § 109 SGG	96
Isolierte Anfechtungsklage	127
Verpflichtungsklage (Antrag auf Erlass eines statusbegründenden Verwaltungsaktes)	131
Verpflichtungsklage (Antrag auf Neubescheidung)	133
Untätigkeitsklage	147
Isolierte Leistungsklage	150
Kombinierte Anfechtung- und Leistungsklage	155
Kombinierte Anfechtungs- und Feststellungsklage	163
Kombinierte Anfechtungs-, Leistungs- und Feststellungsklage	164
Vorläufiger Rechtsschutz in Anfechtungssachen (Mit der Klage verbunde- ner Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung)	183
Vorläufiger Rechtsschutz in Anfechtungssachen (Isolierter Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung)	185
Vorläufiger Rechtsschutz in Vornahmesachen (Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung)	186
Beiladungsantrag	198
Beschwerde gegen PKH-Beschluss des SG	211
Mindestinhalt einer Klageschrift	216
Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Berufung	290
Berufungsschrift mit Begründung der Berufung	294
Muster für die Begründung der grundsätzlichen Bedeutung	364
Muster für die Revisionsschrift	395
Muster für Revisionsanträge	411

Inhaltsverzeichnis

	Seite	Rand- nummer
Vorwort.....	5	
Abkürzungsverzeichnis	23	
I. KAPITEL		
Gesetzliche Grundlagen, Schrifttum		1– 7
1 Gesetzliche Grundlagen.	29	1– 4
2 Schrifttum, Entscheidungssammlungen	33	5– 7
II. KAPITEL		
Gerichtsverfassung		1–109
1 Gerichtsbarkeit und Richteramt, Gerichte	35	2– 8
2 Rechtsweg.	37	9–109
2.1 Zulässigkeit des Rechtsweges	37	10
2.2 Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten i.S. des § 51	37	11
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten nicht verfassungs- rechtlicher Art	37	11
2.2.2 Den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit nach § 51 Abs. 1 und 2 zugewiesene öffentlich-rechtliche Streitigkeiten	38	12– 14
2.2.2.1 Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten	39	15– 22
2.2.2.2 Nach § 51 Abs. 1 und 2 zugewiesene öffentlich- rechtliche Streitigkeiten	43	23– 27
2.2.2.3 Gesetzlich besonders zugewiesene Angelegenheiten	45	28– 30
2.2.3 Einzelfälle	47	31– 92
2.3 Entscheidung über den Rechtsweg	57	93–109
2.3.1 Vorrang der Rechtswegentscheidung; Prioritätsgrundsatz	57	93– 95
2.3.2 Positiver Kompetenzkonflikt	58	96– 97
2.3.3 Negativer Kompetenzkonflikt	60	98–109
2.3.3.1 Umfang der Bindung	60	99
2.3.3.2 Verweisung	60	100–109
III. KAPITEL		
Allgemeine Grundsätze des sozialgerichtlichen Verfahrens		1–185
1 Amtsbetrieb und Konzentrationsmaxime	63	1– 4
2 Amtsermittlungs- oder Untersuchungsgrundsatz	64	5– 18
2.1 Allgemeines	64	6– 10
2.2 Umfang der Amtsermittlungspflicht	65	11– 12

2.2.1	Beweisanträge der Beteiligten	66	13– 15
2.2.2	Mitwirkung der Beteiligten	66	16
2.2.2.1	Fehlende Mitwirkung bei ärztlicher Begutachtung.....	67	17
2.2.2.2	Folgen fehlender Mitwirkung	67	18
3	Grundsatz der Gewährung rechtlichen Gehörs	67	19– 25
4	Das Beweisverfahren	71	26–171
4.1	Allgemeine Grundsätze	71	26– 29
4.2	Beweismittel.....	72	30– 35
4.3	Die Beweiserhebung	73	36– 44
4.3.1	Allgemeine Grundsätze	73	36
4.3.2	Beweiserhebung ohne Beweisbeschluss	74	37
4.3.3	Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme.....	74	38– 44
4.3.3.1	Begrenzte Zulässigkeit einer Zurückverweisung an die Verwaltung	75	41
4.3.3.2	Übernahme von Tatsachenfeststellungen aus Sachverständigengutachten.....	76	42
4.3.3.3	Wiederholte Zeugenvernehmung.....	77	43– 44
4.4	Einzelheiten der Beweiserhebung durch Sachverständigengutachten.....	78	45– 153
4.4.1	Notwendigkeit einer Beweiserhebung	78	47
4.4.1.1	Auswertung vorliegender Gutachten	79	49
4.4.1.2	Einwände des Klägers.....	80	51– 53
4.4.1.3	Sachverständigengutachten ohne Aktenkenntnis.....	81	54
4.4.1.4	Gutachten aus einem anderen Rechtsstreit	81	55
4.4.1.5	Gutachten mit widersprechenden Ergebnissen	81	56– 59
4.4.2	Durchführung des Sachverständigenbeweises	83	60– 73
4.4.2.1	Rechtsgrundlagen	83	60
4.4.2.2	Auswahl des Sachverständigen	83	61
4.4.2.3	Auswahl eines bestimmten Arztes	83	62– 68
4.4.2.4	Einwände gegen das schriftliche Gutachten.....	85	69– 70
4.4.2.5	Mündliche Gutachten durch den Sachverständigen im Termin.....	86	71– 73
4.4.3	Gutachten nach § 109	87	74–105
4.4.3.1	Allgemeines	88	75– 80
4.4.3.2	Ablehnung des Antrags, Frist für die Antragstellung ...	89	81– 88
4.4.3.3	Formulierung des Beweisthemas.....	91	89
4.4.3.4	Auswahl eines bestimmten Arztes	91	90– 94
4.4.3.5	Kosten der Beweiserhebung nach § 109.....	92	95–103
4.4.3.6	Antrag auf Einholung eines Gutachtens nach § 109 SGG	95	104
4.4.3.7	Antrag auf Übernahme der Kosten des Gutachtens nach § 109 SGG.....	96	105
4.4.4	Privatgutachten	96	106
4.4.5	Inhalt der Beweisanordnung	97	107–153
4.4.5.1	Festlegung des Beweisthemas	97	108–109
4.4.5.2	Vorgabe von Anknüpfungstatsachen.....	98	110–113

4.4.5.3	Typische beweisbedürftige Tatsachen als Gegenstand des Sachverständigenbeweises	99	114–153
(1)	Gesetzliche Krankenversicherung	99	114–118
(1.1)	Streitgegenstand: Arbeitsunfähigkeit	99	115–116
(1.2)	Streitgegenstand: Krankenhaus-Behandlungsbedürftigkeit	99	117–118
(2)	Soziale und private Pflegeversicherung	100	118a–118e
(2.1)	Streitgegenstand: Leistungen bei häuslicher Pflege . .	100	118a–118d
(2.2)	Streitgegenstand: Vollstationäre Pflege	101	118e
(3)	Gesetzliche Unfallversicherung	102	119–126
(3.1)	Verletztenrente oder Verletztengeld	102	120–123
(3.2)	Streitgegenstand: Witwen- bzw. Waisenrente	104	124–126
(4)	Gesetzliche Rentenversicherung	104	127–143
(4.1)	Streitgegenstand: Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	104	128–132
(4.2)	Streitgegenstand: Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit	106	133–141
(4.3)	Streitgegenstand: Rehabilitationsmaßnahmen	109	142–143
(5)	Arbeitslosenversicherung	109	144–145
(6)	Soziales Entschädigungsrecht	109	146–149
(6.1)	Streitgegenstand: Entschädigungsanspruch	110	147
(6.2)	Streitgegenstand: Besondere berufliche Betroffenheit	110	148–149
(7)	Schwerbehindertenrecht	110	150–153
(7.1)	Streitgegenstand: Feststellung der Behinderung	110	151
(7.2)	Streitgegenstand: Höhe des Grades der Behinderung	110	152
(7.3)	Streitgegenstand: Vergünstigungen bzw. Nachteilsausgleich	111	153
4.5	Beweisanforderungen	112	154–158
4.6	Beweisschwierigkeiten	113	159–161
4.7	Beweiswürdigung	114	162–168
4.7.1	Grundsatz	114	162
4.7.2	Verstoß gegen allgemeine Erfahrungsgrundsätze	114	163
4.7.3	Unterlassene oder vorweggenommene Beweiswürdigung	114	164
4.7.4	Außerachtlassen des Gesamtergebnisses des Verfahrens .	115	165–167
4.7.5	Fehlerhafte Beweiswürdigung bei widersprechenden Gutachten	115	168
4.8	Das Beweissicherungsverfahren	116	169–171
5	Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen	117	172– 180a
5.1	Ausschließungsgründe	117	174
5.2	Besorgnis der Befangenheit	118	175
5.3	Verfahren bei der Ablehnung	119	176
5.4	Ablehnung des Sachverständigen	119	177–180a
6	Unterbrechung, Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	121	181–185

IV. KAPITEL		
Das Klagesystem		1–102
1	Allgemeines	123 1– 3
2	Isolierte Anfechtungsklage	123 4– 14
	Isolierte Anfechtungsklage – Schriftsatzmuster	127 14
3	Verpflichtungsklage	129 15– 20
	Schriftsatzmuster (Antrag auf Erlass eines status- begründenden Verwaltungsaktes)	131 19
	Schriftsatzmuster (Antrag auf Neubescheidung)	133 20
4	Vorverfahren bei Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	134 21– 52
4.1	Allgemeines	134 22– 23
4.2	Ausnahme von der Vorverfahrenspflicht	135 24– 27
4.2.1	Fehlendes Vorverfahren kraft Gesetzes	135 24
4.2.2	Fehlendes Vorverfahren in anderen Fällen	135 25
4.2.3	Besonderheiten des Vertragsarztrechts	136 27
4.3	Einleitung und Auswirkungen des Widerspruchs- verfahrens	137 28– 52
4.3.1	Form der Einlegung des Widerspruchs	137 28– 29
4.3.2	Widerspruchsfrist	137 30– 32
4.3.3	Aufschiebende Wirkung des Widerspruchs	138 33– 37
4.3.4	Aussetzung der Vollziehung und Anordnung der aufschiebenden Wirkung	140 38– 41
4.3.5	Einbeziehung neuer Verwaltungsakte gemäß § 86 Abs. 1	141 42– 43
4.3.6	Verbot der reformatio in peius	142 44
4.3.7	Inhalt und Bekanntgabe des Widerspruchsbescheids ...	142 45– 47
4.3.8	Kosten des Widerspruchsverfahrens	142 48– 52
5	Untätigkeitsklage	144 53– 61
	Untätigkeitsklage – Schriftsatzmuster	147 61
6	Leistungsklage	147 62– 69
6.1	Besonderheit in der privaten Pflegeversicherung: Mahnverfahren	150 68a
	Isolierte Leistungsklage – Schriftsatzmuster	150 69
7	Die kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage ...	152 70– 78
	Kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage – Schriftsatzmuster	155 78
8	Feststellungsklage	158 79–101
8.1	Gegenstand der Feststellungsklage	158 80– 84
8.2	Spezielle Regelungen der Feststellungsklage	159 85– 95
8.3	Feststellungsinteresse	161 96
8.4	Subsidiarität der Feststellungsklage	162 97– 99
8.5	Kombinierte Anfechtungs- und Feststellungsklage – Schriftsatzmuster	163 100
12		

8.6	Kombinierte Anfechtungs-, Leistungs- und Feststellungs- klage – Schriftsatzmuster.	164	101
9	Fortsetzungsfeststellungsklage.	166	102

V. KAPITEL

	Der Vorläufige Rechtsschutz		1– 59
1	Bedeutung des vorläufigen Rechtsschutzes	167	2
2	Arten des vorläufigen Rechtsschutzes	167	3
3	Rechtsentwicklung	168	4– 5
4	Kodifizierung des vorläufigen Rechtsschutzes im 6. SGG-ÄndG	169	6– 12
4.1	Allgemeine Grundsätze des vorläufigen Rechtsschutzes .	169	7– 11
4.2	Vorläufiger Rechtsschutz unabhängig von Erfolgs- aussichten in der Hauptsache	170	12
5	Ausschluss der aufschiebenden Wirkung kraft Gesetzes	171	13– 26
5.1	Entscheidung über Versicherungspflichten, Anforderung von Beiträgen	171	14– 17
5.2	Entziehung oder Herabsetzung laufender Leistungen ...	172	18– 19
5.3	Ausschluss durch Bundesgesetz	173	20– 23
5.4	Anordnung der sofortigen Vollziehung durch die Behörde	174	24– 26
5.4.1	Zeitpunkt und Dauer der Vollzugsanordnung	174	25
5.4.2	Voraussetzungen der Vollzugsanordnung	174	26
6	Aussetzung der Vollziehung / Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	175	27– 34
6.1	Aussetzung durch die Verwaltung	175	27– 29
6.2	Anordnung der aufschiebenden Wirkung durch das Gericht	176	30– 33
6.2.1	Maßstab der gerichtlichen Entscheidung	176	31– 33
6.2.1.1	Summarische Prüfung	176	32
6.2.1.2	Interessenabwägung	177	33
6.3	Anordnung der Aufhebung der Vollziehung	177	34
7	Vorläufiger Rechtsschutz in Vornahmesachen	177	35– 42
7.1	Rechtsentwicklung	177	36
7.2	Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund	178	37– 41
7.3	Inhalt der einstweiligen Anordnung	179	42
8	Allgemeine Prozessvoraussetzungen im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes	180	43– 52
8.1	Antrag	180	43– 44
8.2	Rechtsschutzbedürfnis	180	45– 46
8.3	Weitere Verfahrensfragen	181	47– 50
8.4	Erstattungs- und Schadensersatzansprüche	182	51

8.5	Kosten und Gebühren	182	52
9	Spezielle Regelungen des vorläufigen Rechtsschutzes .	182	53– 55
9.1	Einstweilige Anordnung in Wahlangelegenheiten der Selbstverwaltungsorgane	182	53
9.2	Einstweilige Anordnungen gegen Feststellungen des Neutralitätsausschusses gemäß § 146 Abs. 6 Satz 6 AFG	182	54
9.3	Einstweilige Anordnung gegen Vollstreckung aus Urteilen und Beschlüssen	183	55
10	Vorläufiger Rechtsschutz im Berufungsverfahren	183	56
11	Schriftsatzmuster zum vorläufigen Rechtsschutz	183	57– 59
11.1	Mit der Klage verbundener Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung	183	57
11.2	Isolierter Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung	185	58
11.3	Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	186	59

VI. KAPITEL

Die Verfahrensbeteiligten

			1– 73
1	Allgemeines	189	1– 3
2	Streitgenossenschaft	189	4
3	Beiladung	190	5– 29
3.1	Allgemeines	190	6
3.2	Arten der Beiladung	191	7– 18a
3.3	Verfahren	195	19– 22
3.4	Beiladung im Massenverfahren	196	22a
3.5	Auswirkungen der Beiladung	196	23– 27
3.6	Rechtsmittelbefugnis des Beigeladenen	197	28
3.7	Beiladungsantrag	198	29
4	Prozessfähigkeit	200	30– 34
5	Prozessführungsbefugnis	201	35– 36
6	Prozessbevollmächtigte und Beistände	201	37– 51
6.1	Allgemeines	202	38– 39
6.2	Ausschluss von Bevollmächtigten	202	40– 43
6.3	Schriftliche Vollmacht	203	44– 46
6.4	Auswirkungen einer Bevollmächtigung	205	47– 49
6.5	Beistände	205	50– 51
7	Der besondere Vertreter	205	52
8	Prozesskostenhilfe	206	53– 73
8.1	Rechtsgrundlagen und Bedeutung im sozial- gerichtlichen Verfahren	207	54
8.2	Besonderheiten des sozialgerichtlichen Verfahrens	207	55– 57
8.3	Voraussetzungen der PKH-Bewilligung	207	58– 62
8.3.1	Wirtschaftliches Unvermögen	207	58– 59

8.3.2	Hinreichende Erfolgsaussicht	208	60– 61
8.3.3	Mutwilligkeit der Rechtsverfolgung	208	62
8.4	Beordnung eines Anwalts	209	63– 67
8.5	Verfahrensrechtliche Fragen der PKH.	210	68– 72
8.5.1	Zeitpunkt der Antragstellung	210	68– 69
8.5.2	Entscheidung des Gerichts	210	70– 71
8.5.3	Rechtsmittel	211	72
8.6	Beschwerde gegen PKH-Beschluß des SG	211	73

VII. KAPITEL

Das erstinstanzliche Verfahren 1–222

1	Die Klageerhebung.	215	1–107
1.1	Form der Klageerhebung	215	2– 3
1.2	Inhalt der Klageschrift.	216	4– 8
	Mindestinhalt der Klageschrift.	216	5
1.3	Klagefrist	217	9– 14
1.4	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	219	15– 30
1.4.1	Anwendungsbereich.	219	16– 17
1.4.2	Fristversäumnis ohne Verschulden.	219	18
1.4.3	Verschulden bei Vertretung.	220	19– 20
1.4.4	Verschulden bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts.	220	21
1.4.5	Einzelfragen zum Verschulden.	220	22– 23
1.4.6	Verfahren bei Wiedereinsetzung.	221	24– 27
1.4.7	Entscheidung und Rechtsmittel	222	28– 30
1.5	Zuständiges SG.	223	31– 50
1.5.1	Örtliche Zuständigkeit.	223	31– 43
1.5.1.1	Grundregel	223	31– 32
1.5.1.2	Sitz, Wohnsitz, Aufenthalts- und Beschäftigungsort.	223	33– 37
1.5.1.3	Ausnahmen	224	38– 42
1.5.1.4	Bestimmung des zuständigen Gerichts durch das nächsthöhere	225	43
1.5.2	Sachliche Zuständigkeit.	226	44– 45
1.5.3	Verweisung wegen Unzuständigkeit	227	46– 50
1.6	Wirkungen der Klageerhebung.	228	51– 60
1.6.1	Rechtshängigkeit.	228	51
1.6.1.1	Eintritt der Rechtshängigkeit	228	51
1.6.1.2	Folgen der Rechtshängigkeit.	228	52– 56
1.6.1.3	Ende der Rechtshängigkeit	229	57
1.6.2	Suspensiv-effekt im engeren Sinn	229	58
1.6.3	Aufschiebende Wirkung der Klage	229	59– 60
1.7	Gegenstand des Rechtsstreits	230	61–102
1.7.1	Allgemeines.	230	61
1.7.2	Dispositionsgrundsatz	230	62– 64
1.7.3	Streitgegenstand bei den einzelnen Klagearten.	231	65– 66

1.7.4	Klageänderung	232	67– 78
1.7.4.1	Änderung des Klageantrags	232	68– 69
1.7.4.2	Änderung des Klagegrundes und Beteiligtenwechsel	233	70– 72
1.7.4.3	Sachdienlichkeit der Klageänderung	233	73
1.7.4.4	Vorliegen der Sachurteilsvoraussetzungen	234	74– 76
1.7.4.5	Klageänderung in den Rechtsmittelinstanzen	234	77
1.7.4.6	Entscheidung über die Klageänderung	235	78
1.7.5	Einbeziehung neuer Verwaltungsakte	235	79– 95
1.7.5.1	Voraussetzungen	236	83– 87
1.7.5.2	Auswirkungen des § 96	238	88
1.7.5.3	Anwendung des § 96 in den Rechtsmittelinstanzen	238	89– 91
1.7.5.4	Fehlerhafte Behandlung des Folgebescheides	239	92– 95
1.7.6	Der maßgebende Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage	240	96–100
1.7.7	Nachschieben von Gründen	242	101–102
1.8	Die Widerklage	242	103–104
1.9	Klagehäufung	243	105
1.10	Verbindung und Trennung von Verfahren	243	106–107
2	Das vorbereitende Verfahren	243	108–148
2.1	Übersendung der Klageschrift an die übrigen Beteiligten	244	110–111
2.2	Hinweispflichten des Vorsitzenden	244	112–115
2.3	Gewährung von Akteneinsicht – § 120	245	116–120
2.4	Vorbereitende Schriftsätze	247	121–124
2.5	Maßnahmen zur Aufklärung des Sachverhalts	248	125–138
2.5.1	Das Verfahren	248	126–132
2.5.2	Der Erörterungstermin	250	133–138
2.5.3	Rückverweisung an die Verwaltung	251	138a
2.6	Terminierung und Ladung zur mündlichen Verhandlung	251	139–148
3	Die mündliche Verhandlung	254	149–166
3.1	Bedeutung der mündlichen Verhandlung	254	149
3.2	Verzicht auf die mündliche Verhandlung	254	150–152
3.3	Ablauf der mündlichen Verhandlung	255	153–166
3.3.1	Formulierung der Anträge	256	157–158
3.3.2	Beweiserhebung in der mündlichen Verhandlung	256	159
3.3.3	Schließung der mündlichen Verhandlung	256	160–162
3.3.4	Abwesenheit eines oder mehrerer Beteiligter	257	163–165
3.3.5	Grundsatz der Öffentlichkeit	257	166
4	Der Abschluss des Verfahrens	258	167–222
4.1	Ohne gerichtliche Entscheidung	258	167
4.1.1	Klagerücknahme	258	168–173
4.1.2	Anerkenntnis	260	174–181
4.1.2.1	Kostenregelung beim Anerkenntnis	261	180
4.1.2.2	Anerkenntnisurteil	261	181
4.1.3	Vergleich	262	182–191
4.1.3.1	Verfügungsbefugnis über den Gegenstand der Klage	263	187

4.1.3.2	Vergleich unter Widerrufsvorbehalt.	263	188
4.1.3.3	Anfechtung des Vergleichs	263	189
4.1.3.4	Kostenfolge beim Vergleich	263	190–191
4.2	Gerichtsbescheid.	264	192–199
4.2.1	Voraussetzungen.	265	193–196
4.2.2	Rechtsmittel	266	197–199
4.3	Urteil	267	200–220
4.3.1	Arten der Urteile	267	201–207
4.3.2	Urteile nach mündlicher Verhandlung oder im schriftlichen Verfahren.	268	208–211
4.3.3	Begründung des Urteils.	270	212
4.3.4	Zustellung von Urteilen	270	213
4.3.5	Nachträgliche Änderung des Urteils	271	214–217
4.3.5.1	Berichtigung offenbarer Unrichtigkeiten	271	215
4.3.5.2	Tatbestandsberichtigung	271	216
4.3.5.3	Urteilsergänzung	271	217–220
4.4	Die Wirkungen des Urteils	272	221–222

VIII. KAPITEL

Das Berufungsverfahren

			1– 82
1	Rechtsentwicklung	275	2– 3
2	Systematik der Berufsregelungen	276	4– 5
3	Beschwer des Berufungsklägers	276	6
4	Beschränkung der Statthaftigkeit der Berufung	277	7– 21a
4.1	Allgemeine Grundsätze	277	7– 9
4.2	Geld- oder Sachleistung	278	10– 12
4.2.1	Geldleistung	278	10
4.2.2	Sachleistung	278	11– 12
4.3	Erstattungsstreitigkeiten	279	13
4.4	Wert des Beschwerdegegenstandes	279	14– 18
4.4.1	Verfahren	280	16
4.4.2	Berechnung des Wertes	280	17
4.4.3	Maßgebender Zeitpunkt für die Beurteilung des Wertes .	280	18
4.5	Statthaftigkeit bei wiederkehrenden und laufenden Leistungen	281	19– 21a
4.5.1	Wiederkehrend oder laufend	281	20
4.5.2	Erstattungsstreitigkeiten	282	21– 21a
5	Zulassung der Berufung	283	22– 55
5.1	Zulassungsgründe	283	23– 38
5.1.1	Grundsätzliche Bedeutung (§ 144 Abs. 2 Nr. 1).	283	25– 26
5.1.2	Abweichung von Entscheidungen übergeordneter Gerichte (§ 144 Abs. 2 Nr. 2)	284	27
5.1.3	Verfahrensfehler (§ 144 Abs. 2 Nr. 3)	284	28– 31
5.1.4	Häufige Verfahrensfehler	285	32– 38

5.2	Die Berufungszulassung als Nebenentscheidung im Urteil des SG	287	39– 42
5.3	Fehlende Zulassungsentscheidung	288	43– 45
5.4	Negative Zulassungsentscheidung bei statthafter Berufung	289	46
5.5	Nichtzulassungsbeschwerde	289	47– 55
5.5.1	Form und Frist	289	48– 50
5.5.2	Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Berufung . . .	290	51
5.5.3	Abhilfe durch das SG	291	52
5.5.4	Entscheidung durch das LSG	292	53– 55
6	Durchführung des Berufungsverfahrens	292	56– 82
6.1	Einlegung der Berufung	292	56– 64
6.1.1	Berufungsfrist	292	56– 58
6.1.2	Form der Berufung	293	59– 63
6.1.3	Berufungsschrift mit Begründung der Berufung	294	64
6.2	Das Verfahren	296	65– 69
6.3	Wirkungen der Berufung	297	70– 71
6.4	Abschluss des Berufungsverfahrens	298	72– 81
6.4.1	Berufungsrücknahme	298	72– 73
6.4.2	Urteil oder Beschluss	298	74– 76
6.4.2.1	Beschluss bei unzulässiger Berufung	299	77
6.4.2.2	Beschluss bei unbegründeter Berufung	299	78
6.4.2.3	Begründungserleichterung im Urteil	300	79– 81
6.5	Die Anschlussberufung	301	82

IX. KAPITEL
Revision

1–399

1	Weiteres Rechtsmittel	303	2
2	Zulassung der Revision	304	3– 5
3	Zulassung durch das LSG	305	6– 22
3.1	Ausspruch der Zulassung	305	7– 9
3.2	Umfang der Zulassung	306	10– 13
3.3	Zulassungsgründe	307	14– 15
3.4	Bindung an die Zulassung und Nichtzulassung	307	16– 22
4	Zulassung durch das SG – sog. Sprungrevision	309	23– 44
4.1	Zulassungsvoraussetzung	309	24– 25
4.2	Ausspruch der Zulassung	310	26
4.2.1	Zulassung durch Urteil	310	27
4.2.2	Zulassung durch Beschluss	310	28– 35
4.3	Umfang der Zulassung	313	36
4.4	Zulassungsgründe	314	37
4.5	Bindung an die Entscheidung des SG	314	38– 39
4.6	Einlegung der Sprungrevision	314	40

4.7	Wirkung der Zustimmung und Einlegung sowie Ablehnung der Sprungrevision.....	315	41– 44
5	Zulassung durch das BSG – Nichtzulassungsbeschwerde	316	45–230
5.1	Allgemeines.....	316	46– 49
5.2	Zulassungsgründe.....	317	50–137
5.2.1	Allgemeines.....	317	50– 55
5.2.2	Grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache.....	320	56– 74
5.2.3	Divergenz	327	75– 85
5.2.4	Verfahrensmangel.....	332	86
5.2.4.1	Mängel des gerichtlichen Verfahrens vor dem LSG	332	87– 90
5.2.4.2	Einzelbeispiele	334	91–122a
5.2.4.3	Beschränkungen der Verfahrensrügen im Verfahren der Nichtzulassungsbeschwerde nach § 160 Abs. 2 Nr. 3....	342	123–124
5.2.4.3	(1) Keine Rüge der Verletzung des § 109 und § 128 Abs. 1 Satz 1.....	342	125–126
5.2.4.3	(2) Verletzung des § 103	343	127–134
5.2.4.4	Geltendmachung des Verfahrensmangels	347	135
5.2.4.5	Vorliegen des Verfahrensmangels	348	136
5.2.4.6	Beruhens der Entscheidung auf dem Verfahrensmangel. . .	348	137
5.3	Einlegung der Beschwerde	349	138–158
5.3.1	Vertretungszwang, Schriftform.....	349	139–142
5.3.2	Bezeichnung der Beschwerde.....	351	143–144
5.3.3	Beschränkung auf einen prozessual selbständigen Teil des Streitgegenstandes	351	145
5.3.4	Einlegung beim BSG; Urteilsabschrift.....	351	146–147
5.3.5	Beschwerdefrist.....	352	148–154
5.3.6	Begrenzung der Tätigkeit eines Prozessbevollmächtigten auf die Einlegung der Beschwerde bei gleichzeitigem Prozesskostenhilfeantrag	353	155–156
5.3.7	Rücknahme der Beschwerde.....	354	157
5.3.8	Anschlussbeschwerde.....	354	158
5.4	Begründung der Beschwerde	354	159–219
5.4.1	Begründungszwang; Vertretungszwang; Frist	354	160–175
5.4.2	Darlegung und Bezeichnung der Zulassungsgründe	358	175–179
5.4.2.1	Darlegung der grundsätzlichen Bedeutung.....	359	180–193
5.4.2.2	Bezeichnung der Divergenz	366	194–201
5.4.2.3	Bezeichnung des Verfahrensmangels	370	202–219
5.5	Begründetheit der Beschwerde.....	379	220–221
5.6	Entscheidung des BSG	380	222–230
6	Revisionsverfahren	382	231–353
6.1	Vertretungszwang.....	383	232–255
6.1.1	Sachlicher Umfang des Vertretungszwangs.....	383	233–238
6.1.2	Dem Vertretungszwang unterliegende Beteiligte	385	239–240
6.1.3	Vertretungsbefugnis	386	241–255

6.2	Revisionseinlegung	391	256–275
6.2.1	Revisionsfrist	391	257–262
6.2.2	Revisionsschrift	394	263–266
6.2.3	Zustimmungserklärung des Gegners für die Sprungrevision.....	395	267–275
6.3	Revisionsbegründung	399	276–345
6.3.1	Revisionsbegründungsfrist	399	277–283
6.3.2	Begründung	400	284
6.3.2.1	Verletzung einer Rechtsnorm.....	401	285–287
6.3.2.2	Revisibles Recht.....	403	288–306
6.3.2.3	Bindung an die tatsächlichen Feststellungen	407	307–310
6.3.2.4	Revisionsantrag	409	311–315
6.3.2.5	Bezeichnung der verletzten Rechtsnorm	411	316–326
6.3.2.6	Bezeichnung des Verfahrensmangels.....	416	327–344
6.3.2.7	Unterschrift	422	345
6.4	Anschlussrevision	423	346–353
7	Verfahren vor dem BSG.....	425	354–362
7.1	Revisionsverfahren	425	355–361
7.2	Verfahren vor dem BSG in erster und letzter Instanz ...	427	362
8	Entscheidung des BSG	427	363–399
8.1	Unzulässige Revisionen	427	363–372
8.2	Unbegründete und begründete Revisionen	429	373–398
8.2.1	Unbegründete Revisionen	429	373–379
8.2.2	Begründete Revisionen	432	380–398
8.3	Unterschriften der Richter.....	438	399

X. KAPITEL

Beschwerde, Erinnerung

			1– 70
1	Beschwerde	439	1– 58
1.1	Statthaftigkeit.....	439	3– 18
1.1.1	Entscheidungen des SG oder des Vorsitzenden	439	4– 9
1.1.2	Entscheidungen des LSG, dessen Vorsitzenden oder des Berichterstatters	441	10– 11
1.1.3	Nicht statthafte Beschwerden	441	12– 18
1.2	Einlegung der Beschwerde.....	444	19– 28
1.2.1	Beschwerdefrist	444	20– 26
1.2.2	Beschwerdeschrift	445	27– 28
1.3	Aufschiebende Wirkung; Aussetzung des Vollzuges ...	446	29– 37
1.4	Entscheidung über die Beschwerde	447	38– 58
1.4.1	Abhilfe durch das SG oder den Vorsitzenden oder Vorlage.....	447	39– 47
1.4.2	Entscheidung durch das LSG	449	48– 57
1.4.3	Kostenentscheidung	451	58
2	Erinnerung	452	59– 70

XI. KAPITEL		
Wiederaufnahme des Verfahrens		1– 101
1	Bedeutung im sozialgerichtlichen Verfahren	455 1– 4
2	Wiederaufnahme nach § 179.	456 5– 68
2.1	Wiederaufnahme nach dem Vierten Buch der ZPO	456 7– 32
2.1.1	Rechtskräftig das Verfahren abschließende Entscheidungen.	456 8– 10
2.1.2	Nichtigkeitsklage	457 11– 17
2.1.3	Restitutionsklage	459 18– 19
2.1.3.1	Wiederaufnahme nach § 580 Nrn. 1 bis 6 ZPO	459 20– 25
2.1.3.2	Wiederaufnahme nach § 580 Nr. 7 ZPO	460 26– 32
2.2	Wiederaufnahme nach § 179 Abs. 2.	463 33– 35
2.3	Vorentscheidungen.	464 36
2.4	Hilfsnatur der Nichtigkeits- und Restitutionsklage	464 37
2.5	Zuständiges Gericht.	464 38– 43
2.6	Verfahren.	465 44– 68
2.6.1	Zulässigkeit der Klage	466 47– 59
2.6.2	Begründetheit der Klage	468 60– 61
2.6.3	Neue Verhandlung.	468 62– 64
2.6.4	Kostenentscheidung, Rechtsmittel	469 65– 68
3	Wiederaufnahme bei einander widersprechenden Entscheidungen (§ 180)	470 69– 86
3.1	Spezifische Art der Wiederaufnahme.	470 70– 73
3.2	Wiederaufnahmegründe.	471 74– 77
3.3	Verfahren.	472 78– 86
4	Vermeidung von einander widersprechenden Entscheidungen (§§ 181, 182)	474 87–101
4.1	Verfahren bei Gefahr unvereinbarer Entscheidungen (§ 181)	475 89– 96
4.2	Negativer Zuständigkeitskonflikt (§ 182)	476 97– 101

XII. KAPITEL		
Kosten		1–151
1	Verfahren, in denen Kläger oder Beklagter zu den in § 183 genannten Personen gehören.	479 2–106
1.1	Freiheit von Gerichtskosten	479 3– 5
1.2	Pauschgebühr	481 6– 16
1.2.1	Gebührenschildner	481 8– 11
1.2.2	Entstehen und Höhe der Pauschgebühr	482 12– 16
1.3	Auslagenvergütung für Beteiligte.	483 17– 24
1.4	Mutwillenskosten; Missbräuchlichkeit	486 25– 54
1.4.1	Betroffene Beteiligte.	487 29
1.4.2	Verschleppung, Missbräuchlichkeit	487 30– 40
1.4.3	Entstandene Kosten.	490 41– 46

1.4.4	Entscheidung des Gerichts.....	492	47– 54
1.5	Kostenerstattung unter den Beteiligten	494	55
1.5.1	Grundsätze der Kostenerstattung	494	57– 64
1.5.2	Verfahren	497	65–106
1.5.2.1	Urteil und gleichgestellte Entscheidungen.....	498	66– 71
1.5.2.2	Entscheidung über die Kosten durch Beschluss; Vergleich.....	499	77– 82
1.5.3	Erstattungsfähige Kosten	501	83– 88
1.5.4	Kostenfestsetzung	504	89
1.5.4.1	Antrag; Prüfumfang	504	90– 97
1.5.4.2	Rahmengebühr.....	506	98–106
2	Verfahren, in denen weder der Kläger noch der Beklagte zu den in § 183 genannten Personen gehören ..	511	107–147a
2.1	Rechtsentwicklung	511	108–109
2.2	Kosten nach dem Gerichtskostengesetz (GKG).....	512	110–117
2.3	Kostenerstattung unter den Beteiligten	513	118
2.3.1	Kostentragungspflicht und Kostenverteilung	513	114–134
2.3.2	Kostenentscheidung	517	135–138
2.3.3	Erstattungsfähige Kosten	518	139–141
2.3.4	Rechtsanwaltsgebühren nach dem Streitwert	519	142–147a
3	Festsetzung der Kosten durch den Urkundsbeamten; Anrufung des Gerichts	520	148–151

XIII. KAPITEL

Vollstreckung

1– 36

1	Grundsätze, Verweisung	523	1– 10
2	Vollstreckung zu Gunsten natürlicher Personen oder juristischer Personen des Privatrechts.....	524	11– 35
2.1	Vollstreckungstitel.....	524	12– 17
2.2	Vollstreckbare Ausfertigung, Vollstreckungsklausel, Vollstreckungsgericht	526	18– 23
2.3	Vollstreckung aus Verpflichtungsurteilen.....	527	24– 28
2.4	Einstweilige Anordnung über die Aussetzung der Vollstreckbarkeit.....	528	29– 33
2.5	Rechtsmittel	530	35
3	Vollstreckung zu Gunsten der öffentlichen Hand	530	36

Besonderheiten des sozialgerichtlichen Verfahrens

in Schlagworten	531
-----------------------	-----

Text des Sozialgerichtsgesetzes (SGG).....	537
--	-----

Stichwortverzeichnis	591
----------------------------	-----